

Die gefährliche Tendenz des konspirativen Zweifels

Die Verfassung der demokratischen Gesellschaft und die Verfassung des Wissens sind untrennbar verbunden. In der Corona-Krise wächst aber eine Art «konspirativer Zweifel» bis hin zum radikalen Skeptizismus. Das sind alarmierende Entwicklungen. Gastkommentar von Martin Kolmar, Thomas Beschorner und Nora Szech



Gesellschaftliche Krisenmomente wie die Pandemie sind immer auch Beschleuniger gesellschaftlicher Entwicklungen, die sonst für noch längere Zeit unterhalb der Wahrnehmungsschwelle gewirkt hätten. Besonders auffällig ist die erkenntnistmässige Verunsicherung: Unterschiedliche Menschen scheinen in geschlossenen Weltbildern zu denken und zu fühlen, die sich fundamental unterscheiden und zwischen denen ein rationaler Diskurs und ein Kompromiss zunehmend schwierig oder sogar unmöglich ist.

Gesellschaften unterliegen Wandlungsprozessen, die mal kleiner, mal grösser sind. Letztendlich fand dies im grossen Stil wohl mit der europäischen Aufklärung statt. Dabei waren nicht nur die «Erfindung» des Individuums und die Etablierung demokratischer Ordnungen massgeblich. Durchaus wesentlich waren auch die Erosion eines religiösen Erkenntnisbegriffs und dessen Ersetzung durch die moderne Wissenschaft. In der Moderne wurde ein auf Offenbarung aufbauender durch einen empirischen Erkenntnisbegriff ersetzt. Die Herausbildung des Bildungs-, Forschungs- und Universitätswesens spiegelt diese Entwicklung wider.

Die Verfassung des Wissens

Auf der politischen Ebene fand dies eine Entsprechung mit der Entstehung liberaler Demokratien und ihrer Institutionen wie der allgemeinen und der geheimen Wahl sowie des Rechtsstaats mit all seinen Facetten: Die rechtsstaatliche Verfassung der Gesellschaft sollte fortan den modernen Wissenschaften ihre Entfaltung ermöglichen, wie umgekehrt Wissen und die moderne Wissenschaft rationale Diskurse ermöglichen sollten. «Unterhalb» der politischen, rechtlichen und moralischen Konstitution der Gesellschaft finden wir somit etwas, was wir als «epistemische» *Verfassung des Wissens* bezeichnen können, im Sinne von gemeinsam anerkannten Regeln und Verfahren für das Zustandekommen von Wissen.

In Teilen der Gesellschaft können nun aber epistemische Standards, wie sie dem System Wissenschaft zugrunde liegen, nicht mehr als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Spätestens seit die Trump-Präsidentschaft den Begriff «alternative facts» in den Diskurs gebracht hat, werden Strategien zur Verwirrung der öffentlichen Meinung sichtbar; auch bestimmte Aspekte des sogenannten «Querdenkertums» hinterfragen den erkenntnistheoretischen Konsens. Wenn man davon ausgeht, dass die Verfassung der Gesellschaft und die Verfassung des Wissens untrennbar verbunden sind, und wir zugleich Tendenzen eines «konspirativen Zweifels» bis hin zu einem radikalen Skeptizismus ausmachen, so sind dies durchaus alarmierende Entwicklungen.

Es ist in der Wissenschaft anerkannt, dass Erklärung und Wissen immer nur vorläufig sind. Die

Notwendigkeit des konstruktiven Umgangs mit dem Skeptizismus («Es könnte alles auch ganz anders sein») und der postmodernen Dekonstruktion des Wissensbegriffs hat zu einem «aufgeklärten Pragmatismus» geführt, der sich der Beschränktheit des eigenen Wissens bewusst zu sein scheint und das Beste aus der Fehlbarkeit menschlicher Erkenntnis zu machen versucht. Warum aber erodieren diese erkenntnistheoretischen, epistemischen Standards überhaupt? Es gibt zumindest vier Aspekte, die die Hintergründe dieser Entwicklungen veranschaulichen.

Kontrollverluste

Soziologische Deutungen fokussieren auf zwei Dinge, nämlich die eigene Inkompetenz einerseits und das notwendige Vertrauen in Experten andererseits. Das Bewusstsein darüber geht einher mit der gesellschaftlichen Erzählung des autonomen Individuums, welches sich aber plötzlich Kräften ausgesetzt sieht, die es nicht kontrollieren kann. Aus dieser Unsicherheit entsteht eine doppelte Kränkung: Man hat weder das eigene Leben in der Hand, noch versteht man die Prozesse, die es beeinflussen. Daher werden Krisenmomente wie die Pandemie zu einem Verstärker dieses latenten Unbehagens.

Gute Politik sollte wissenschaftlich informiert sein, damit Konflikte rational bewältigt werden können; Wissenschaft löst aber die Konflikte in der Regel nicht auf.

Eine weitere Dimension ist das Wollen und das Sollen: Die Fragen «Wie handle ich faktisch?» und «Wie sollte ich handeln?» fallen für viele Menschen zunehmend auseinander. Das Narrativ, ein interessantes, bequemes, erfolgreiches und zugleich im moralischen Sinn *gutes*, auch gegenüber anderen Menschen und Lebewesen verantwortliches Leben zu führen, wird brüchig. Ein scheinbarer Ausweg aus diesen mehrfachen Kränkungen ist die Rückgewinnung von Autonomie durch die Aufkündigung des epistemischen Konsenses: Was die Expertinnen und Experten sagen, kann schlicht nicht stimmen. Es müssen andere Wissensgrundlagen her, um wieder mit sich im Einklang zu sein.

Eine solcherart geschaffene Reflexivität war zwar fruchtbar für das System Wissenschaft, führt aber auch dazu, dass die Abwehrkräfte dieses Systems gegenüber Angriffen von aussen geschwächt werden: Wenn alles Wissen Konstruktion sein sollte, kann es auch dekonstruiert werden. Doch wir haben es hierbei eben mit einem Fehlschluss zu tun: Die Tatsache, dass Wissen immer nur vorläufig ist, bedeutet nicht, dass es auch beliebig ist.

Hier kommt der Begriff der Vernunft ins Spiel: Die seit der europäischen Aufklärung weitverbreitete Vorstellung von Vernunft und Argumentation ist, dass sie die zentralen Mittel zur Vergrösserung des Wissens und zur moralischen Verbesserung sind. Menschen suchen nun aber in der Regel nicht nach Wahrheit, sondern nach Geschichten, die ihre Ansichten unterstützen. Dies äussert sich in Narrativen und Weltdeutungen, die aus den genannten Gründen epistemisch inkompatibel werden. Gleichzeitig sieht man aber am Beispiel der jüngeren Vergangenheit prominent gewordenen Konspirationstheorien ein tiefes Bedürfnis nach Erklärung von Prozessen, die das eigene Leben in seinem Fortbestand materiell, sozial oder existenziell bedrohen.

Die Logik dieser Erzählungen folgt dabei bestimmten, am besten psychologisch zu nennenden Erzählregeln, wie ein amerikanisches Forscherteam am Beispiel der Konspirationstheorien zur Corona-Pandemie herausgefunden hat. Sie zeigen, dass Glaubwürdigkeit nicht durch empirische Tests oder analytische Widerspruchsfreiheit entsteht, sondern durch Wiederholung in der Gruppe und Nähe zu einem einfachen Schurken-Helden-Narrativ (in der frühen Neuzeit z. B. Hexen). Je tiefer das Misstrauen gegenüber Experten und Wissenschaft ist, desto eher verfangen solche Erklärungsmuster in konspirativen Gruppen.

Es gibt einen weiteren und durchaus noch wesentlicheren Grund, weshalb wir der Verfassung des Wissens eine stärkere Aufmerksamkeit schenken sollten. Sie betrifft den Kern des Politischen. In den wenigsten Fällen stellen Veränderungsprozesse zugleich alle Gruppen einer Gesellschaft besser; meist resultieren aus bestimmten Politikmassnahmen Gewinner wie Verlierer. Dabei bleibt tendenziell unklar, ob ein Dissens bei der Beurteilung einer Poli-

tik auf eine unterschiedliche Sichtweise von *Wissen* oder auf Unterschiede in den *Werturteilen* zurückzuführen ist. Fühlt man sich aber systematisch vom politischen Konsens benachteiligt, so kann der *epistemische* Konsens durchaus als Herrschaftsinstrument wahrgenommen werden, der den Status quo gegen die eigenen Interessen verteidigt.

Die Rede von der «Alternativlosigkeit» von Politik, die nach dem sogenannten «Ende der Geschichte» (Fukuyama) eine Ära des Postpolitischen begleitet, hat hier viel Schaden angerichtet. Politik ist niemals alternativlos, sie hängt immer von den Werten ab, die durch sie verwirklicht werden sollen. Es richtet sich vielmehr gegen die Essenz des Demokratischen, wenn behauptet wird, man könne und solle das Politische einem Expertentum überlassen. Die damit einhergehende Leugnung des normativen Kerns von Politik als Prozess der Konfliktbewältigung führt als Kollateralschaden zu einer Erosion des Vertrauens in die Verfassung des Wissens. Gute Politik sollte wissenschaftlich informiert sein, damit Konflikte rational bewältigt werden können; Wissenschaft löst aber die Konflikte in der Regel nicht auf.

Leben in Meinungsblasen

Epistemische Verunsicherung ist oft an andere Krisenmomente gebunden, in denen «das Neue» narrativ bewältigt werden muss. Diese Beobachtung spricht dafür, dass in dem Mass, in dem das Neue zum Alltäglichen wird, auch eine «epistemische Beruhigung» eintreten wird. Für eine ganze Weile dürfte unsere Gesellschaft aber im doppelten Wortsinn «schwindelerregend» bleiben. Wir sollten drei Aspekten im Prozess der Herausbildung einer neuen Normalität besondere Aufmerksamkeit schenken:

Erstens lässt sich epistemische Verunsicherung von skrupellosen Interessen nutzen, um den normativen gesellschaftlichen Konsens infrage zu stellen, um die Gesellschaft zum Zwecke eines eigenen Machtgewinns zu spalten. Zweitens haben wir mit den «sozialen» Netzwerken eine Technologie, die ein Leben in geschlossenen Meinungsblasen ermöglicht, verbunden mit starken Tendenzen zur Emotionalisierung von Diskursen. Beide Entwicklungen sind der Förderung unserer Fähigkeit zur Argumentation eher abträglich. Es sollte, drittens, ein besseres gesellschaftliches Verständnis der Praxen der Wissensgewinnung in den Wissenschaften vermittelt werden – ihrer Möglichkeiten ebenso wie ihrer Grenzen. Das klassische Bildungsideal der Aufklärung hat sich nicht überholt. Ganz im Gegenteil, eine wohlverstandene Aufklärung erscheint aktueller denn je.

Martin Kolmar und Thomas Beschorner sind Professoren und Direktoren des Instituts für Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen; Nora Szech ist Professorin für politische Ökonomie am Karlsruher Institut für Technologie.